



Loyalität und Distanz?

Bischof Otto Spülbeck und das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Bistum Meißen 1955 bis 1970

Christian März

Messe mit Bischof Otto Spülbeck zum Fronleichnamfest in der 1968 gesprengten Leipziger Universitätskirche
© St. Benno Verlag Leipzig

Mit Bischof Otto Spülbeck (1904–1970) stand dem damaligen Bistum Meißen (heute Dresden-Meißen) zwischen 1955 und 1970 ein Mann aus dem Rheinland vor, der sich während seiner Studienzeit in den 1920er Jahren bewusst dafür entschieden hatte, das katholische Rheinland zu verlassen und in der Diaspora in Sachsen und Ostthüringen seinen priesterlichen Dienst zu tun. Von Jugend an faszinierte ihn die Frage, wie die christliche Botschaft in den Dialog mit der modernen Welt und den Naturwissenschaften treten und darin nicht nur bestehen, sondern fruchtbar für die Menschen werden kann. Das II. Vatikanische Konzil, an dem Bischof Spülbeck aktiv teilnahm, griff dieses wichtige Anliegen auf und stellte es in seinen Dokumenten auf eine kirchenamtliche Basis. Die Kirche verstand die Hinwendung zur gesellschaftli-

chen Wirklichkeit nicht als Einbahnstraße, sondern als echten Dialog, „weil sie selbst von der Welt, sei es von einzelnen Menschen, sei es von der menschlichen Gesellschaft [...] viele und mannigfaltige Hilfe zur Wegbereitung für das Evangelium erfahren kann.“¹

In diesem Beitrag soll anhand der Darstellung des Meißner Bischofs Spülbeck der Frage nachgegangen werden, wie die Umsetzung des genannten Ansatzes im Kontext eines kirchenfernen, ja kirchenfeindlichen Umfeldes in der DDR in den 1960er und 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts möglich sein konnte und welchen spezifischen Weg Bischof Spülbeck dabei einschlug. Wie begegneten die staatlichen Behörden diesem Ansinnen? Welche Chancen wurden genutzt, welche Grenzen wurden offenbar?

1 II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“, Nr. 40.

Biographischer Abriss

Otto Spülbeck wurde als sechstes von sieben Kindern am 8. Januar 1904 in Aachen geboren. Bereits als Schüler kam er mit der Jugendbewegung in Kontakt. Diese Jugendbewegung entstand in der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und ist als eine zivilisationskritische Erneuerungsbewegung zu verstehen. Hier sollte den in verfestigten Strukturen erstarrten Lebensformen eine neue Natürlichkeit in allen Bereichen des Lebens entgegengestellt werden, auch im kirchlichen Raum. So kam Otto Spülbeck über die Jugendbewegung auch mit der Liturgischen Bewegung in Berührung und mit ihrem bedeutsamen Protagonisten Romano Guardini (1885–1968) in Kontakt. Deren Anliegen war es, dass ein persönliches geistliches Leben aus der Liturgie, der gottesdienstlichen Feier der Kirche, erwachse. Diese darf von daher nicht zuerst die Feier des Priesters, sondern soll die Feier der ganzen Gemeinde sein.

Bezeichnenderweise entschied sich Otto Spülbeck 1923 für ein Studium der Naturwissenschaften in Bonn. Bereits ein Jahr später aber fasste er den Entschluss, in Innsbruck Theologie zu studieren, und promovierte 1927 mit der Arbeit „Der Begriff des Unendlichen in der Mathematik und in der Philosophie“ zu einem Thema, welches naturwissenschaftliche und philosophische Themen miteinander verband. In Innsbruck begegnete Otto Spülbeck einem Freundeskreis, aus dem später das Leipziger Oratorium entstehen sollte, eine priesterliche Lebensgemeinschaft, die sich in besonderer Weise der Großstadtseelsorge in der Diaspora verschrieb und ein Zentrum der Liturgischen Erneuerung in Deutschland werden sollte. Mit der Absicht, Teil des Leipziger Oratoriums zu werden, entschied sich Otto Spülbeck, den Weg in die sächsische Diaspora einzuschlagen, und trat 1929 in das Priesterseminar des Bistums Meißen in Schmochwitz ein. Nachdem Spülbeck zwischen 1930 und 1935 Kaplan in Chemnitz war, sollte er bis 1955 in verschiedenen priesterlichen Funktionen in Leipzig tätig sein, zuerst als Kaplan, dann als Pfarrer und ab 1945 als Propst von Leipzig. In dieser Zeit arbeitete Spülbeck – trotz schwerer Herausforderungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre im seelsorglichen Dienst – auch intensiv an naturwissenschaftlichen Themen weiter. Durch zahlreiche Vorträge wurde er weit über die Grenzen Leipzigs und des Bistums hinaus bekannt. Sein Anliegen war es, einen Brückenschlag zwischen Glauben und Naturwissenschaften herzustellen. Aus seinen Vorträgen entstand das Buch „Der Christ und das Weltbild der modernen Naturwissenschaften“, das zwischen 1948 und 1967 in sieben Auflagen erschien.

Am 28. Juni 1955 ernannte ihn Papst Pius XII. (1876–1958) auf Vorschlag des erkrankten Meißner Bischofs Heinrich Wienken (1883–1961) zum Koadjutorbischof, das heißt zum „Beistand“ des erkrankten Bischofs. Drei Jahre darauf, am 20. Juni 1958, wurde Otto Spülbeck zum residierenden Bischof von Meißen ernannt. Sein Wahlspruch lautete „Unum in veritate et laetitia – Eins in der Wahrheit und in der Freude“.



Inthronisation Otto Spülbecks als Bischof von Meißen in Bautzen, Juli 1958
© St. Benno Verlag Leipzig

Die große Zeit Otto Spülbecks war die Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965). Hier konnte er erleben, wie zahlreiche Anliegen, die er seit seiner Jugend vertrat, von der Gesamtkirche aufgenommen und zur Umsetzung gebracht wurden. Maßgeblich arbeitete er an der Liturgiekonstitution mit. Die Kompetenz in naturwissenschaftlichen Fragen zeichnete Spülbeck unter den Bischöfen auf dem Konzil besonders aus. Die italienische Tageszeitung „Corriere della sera“ nannte Spülbeck während des Konzils den „Atombischof von Bautzen², der als einziger Bischof der Welt Fachmann für atomare Probleme ist“. Nach dem Konzil setzte er sich mit aller Kraft für die Umsetzung der Beschlüsse des Konzils im Bistum Meißen ein. Ausdruck dessen war die von ihm initiierte Meißner Diözesansynode. Kurz nach Ende deren dritten Sitzungsperiode erlitt Bischof Spülbeck am 21. Juni 1970 auf der Heimfahrt von der Frauenwallfahrt nach Wechselburg einen Herzinfarkt. An dessen Folgen starb er am gleichen Tag in Mittweida.

„Loyalität und Distanz“ – Die kirchenpolitische Grundausrichtung

Seine grundlegende Position zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der DDR verdeutlichte Bischof Spülbeck bereits 1956 auf einem Katholikentag in Köln im Rahmen einer damals vielbeachteten Predigt. Darin beschrieb Spülbeck die Rolle des Christen und der Kirche in der DDR. Folgende Passage, die ein Gespräch des Bischofs mit staatlichen Vertretern illustriert, erfuhr in der Presse in Ost und West im Nachgang ein beachtliches Echo: „Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten. Und wenn wir jetzt in diesem Haus miteinander leben, so kann unser Ge-

2 Von seiner Wiedererrichtung 1921 bis 1980 war der Sitz des Bistums Meißen in Bautzen.



Bischof Otto Spülbeck bei einer Fronleichnamspirozession in Karl-Marx-Stadt, 1960er Jahre
Sammlung Karl Bauer, Chemnitz

Bischof Otto Spülbeck während seiner „Kölner Predigt“ zum Katholikentag 1956 im Kölner Dom
Foto: Martin Lücke

Diese Abbildung kann aus rechtlichen Gründen nicht gezeigt werden

- 3 Martin Höllen: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. II: 1956-1965, Berlin 1997, S. 23 f.
- 4 Diese Formulierung wählte Spülbeck in seiner Predigt zur Jahresschlussandacht 1961 im Dom zu Bautzen.
- 5 Diözesanarchiv des Bistums Dresden-Meißen, 103.09/05, Bd. XVII.
- 6 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 11430 Bezirkstag/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 25221, Bl. 17.
- 7 Ebenda.
- 8 BStU Ddn AOP 71/59 Bd. II, Sachstandsbericht über op. Vorgang „Der Alte“, Bautzen den 1. Februar 1957, Bl.140.
- 9 Diözesanarchiv des Bistums Dresden-Meißen, 132.00/01 Bd. II.

spräch nur bedeuten – [...] - wer macht in diesem Haus die Treppe sauber. [...] Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Haus noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich.³ Einerseits grenzte Spülbeck hier die Kirche vom Staat deutlich ab. Andererseits beschrieb er die Rolle des Christen im „fremden Haus“, die darin bestehe, die „Treppen sauber zu halten.“ Dahinter stand seine Auffassung, dass Kirche auch im atheistisch-materialistischen Kontext möglich, ja sogar nötig sei. Spülbeck, der sich bewusst für die Seelsorge in der Diaspora entschieden hatte, ging es um die Ermöglichung eines menschenwürdigen Miteinanders im „fremden Haus“. Eine nachhaltige Präsenz der Christen in der sozialistisch-atheistischen Gesellschaft war deshalb notwendig, eine aktive, politische Mitgestaltung der Gesellschaft allerdings blieb ausgeschlossen. Dieser Aspekt der Abgrenzung war auch dominant in dem Echo, welches die Predigt in der Presse in Ost und West erfuhr. Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ wertete die Predigt als politisches Statement zu Adenauers Deutschlandpolitik und kritisierte Spülbeck scharf, „der [...] den Interessen der Bonner Militaristen Vorschub leistete, die einen Keil zwischen die katholischen Gläubigen aus der DDR und ihrem Staat zu treiben versuchen“. Spülbeck zeigte sich im Nachgang enttäuscht von der einseitigen Interpretation der Predigt und wehrte sich gegen deren politische Instrumentalisierung. Adressaten der Predigt waren aus seiner Sicht die Katholiken in der DDR, die er aufforderte, sich für ein menschenwürdiges Miteinander einzusetzen, ohne sich jedoch gesellschaftspolitisch zu engagieren. Dies kam angesichts einer erheblichen Fluchtbewegung auch einer

Aufforderung gleich, die DDR nicht zu verlassen und „dieses Land nicht dem Atheismus zu überlassen“.⁴ Dass Spülbeck tatsächlich an einem konstruktiven, aber kritischen Miteinander gelegen war, belegen auch seine Gespräche mit den staatlichen Behörden. In einem Gespräch mit Staatssekretär Josef Hegen (1907–1969) vom Ministerium des Inneren betonte Spülbeck im Februar 1956 „die Loyalität der Katholiken dem marxistischen Staat gegenüber, ohne seine Ideologie irgendwie annehmen zu wollen.“⁵ Er verdeutlichte gegenüber Hegen, dass mit diesen seinen Worten der Rahmen der Loyalität zwischen Kirche und Staat abgesteckt sei. Hier findet sich die kirchenpolitische Grundsatzhaltung ganz exemplarisch. Spannungen im Verhältnis von Kirche und Staat wurden dann hervorgerufen, wenn der Staat „seine Kompetenzen überschreitet“, in der Frage der „Weltanschauung“ drückte sich dies insbesondere in „Namensweihe“ und „Jugendweihe“ aus. Diesen Maßnahmen musste sich die Kirche „entgegenstellen“, denn die Kirche konnte sich unmöglich „mit dem Atheismus verbinden“.⁶ Solange der Staat innerhalb seiner Befugnisse bleibt und die Menschen nicht weltanschaulich domestiziert, sind die Christen die, „die in ‚Treue‘ in [ihrem] vom Gott gegebenen Raum [ihre] Pflicht erfüllen.“⁷ Spülbeck trat damit für eine weltanschaulich-friedliche Koexistenz von Kirche und Staat ein, was aber ein politisches Engagement von Katholiken oder sogar katholischen Amtsträgern ausschloss.

In dieser Konsequenz verwehrte sich Spülbeck gegen Versuche der parteipolitischen Vereinnahmung durch die CDU der DDR. Einladungen zu Parteitag lehnte er mit der Begründung ab, dass die Haltung der Kirche „keine partei-politische“ sein könne und er als Oberhirte alle Gläubigen im Blick haben müsse – nicht nur die Mitglieder einer Partei. Auch wenn er in einem Brief an den CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke (1883–1957) die Erwartung äußerte, dass die CDU ihren Beitrag leiste, damit „die weltanschaulichen-christlichen Anliegen [...] in der Öffentlichkeit, in der Schule und im Beruf paritätische Behandlung finden“, kann nicht daraus geschlossen werden, dass er in dieser Angelegenheit tatsächlich große Hoffnungen in die CDU setzte. In einem von der Staatssicherheit dokumentierten Privatgespräch äußerte Spülbeck die Überzeugung, dass die CDU „im Kampf der Kirche in der bolschewistischen Welt um Sein oder Nichtsein“ nur ein „willfähiges Glied der Regierung“⁸ sei. Außerdem bezeichnete er in einem Gespräch beim Rat des Bezirkes Dresden Christen, die sich in der CDU engagierten, als solche, „die sich noch Christen nennen, [aber] vom Christentum in den Anschauungen und in der Praxis chemisch-rein seien“.⁹ Die Schärfe dieser Formulierungen ist zwar auf die Intensität der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in den 1950er und 1960er Jahren zurückzuführen, sie belegt aber dennoch die strikte Abgrenzung, die Spülbeck hinsichtlich eines politischen Engagements der Kirche und des einzelnen Christen hier vornahm. Bleibt die Frage, ob es im Angesicht des Aufbruchs des Konzils eine Akzentverschiebung geben konnte.

„Die Kirche ist nicht für die Katholiken da“ – Der Aufbruch des Konzils

Für Bischof Spülbeck war die Hinwendung der Kirche zu den Menschen und der jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit ein zentrales Anliegen, das sich nicht zuletzt auch durch seine intensive Beschäftigung mit den Fragen der Naturwissenschaften erklären lässt. Das Konzil verstand er daher auch als einen „Weckruf“ für die Christen und die Kirche, sich den Realitäten zu stellen und diese nach Möglichkeit zu gestalten. In einer Veröffentlichung im sogenannten „Katholischen Hausbuch“ des Jahres 1966 beschreibt er die Rolle der Kirche als grundsätzlich auf die Sendung ausgerichtet, wenn er schreibt: „Die Kirche ist nicht für die Katholiken da, die Kirche ist das Heilszeichen für das ganze Menschengeschlecht“. Gerade die Kirche in der Diaspora musste ihre Binnenorientierung überwinden, durfte sich nicht in eine katholische Parallelwelt verabschieden, sondern musste sich den Menschen zuwenden. Aber wie sollte das unter den komplizierten Voraussetzungen ideologischer Unvereinbarkeit mit der Gesellschaftsordnung in der DDR und der permanenten Gefahr staatlicher Repressalien konkret aussehen? Wichtige Voraussetzung war für Spülbeck dabei eine Weitung des Kirchenbildes im Sinne des Konzils. Kirche werde nicht nur durch ihre Amtsträger repräsentiert. Vielmehr müsse die „Auserwählung aller, die getauft sind“ in den Blick genommen werden, so Spülbeck in einem Fastenhirtenwort 1964. Dass alle Getauften Repräsentanten und Akteure des kirchlichen Handelns sind, ist Bedingung dafür, dass Kirche ihre Sendung in die Welt leben kann: „Es ist [...] für jeden wichtig, sich von der Vorstellung zu lösen, als umfasse die Kirche nur den Papst, die Bischöfe und die Priester. Wir müssen sie vielmehr betrachten als eine Gemeinschaft all derer, die zum Zeugnis Christi in eine ungläubige Welt gesandt sind und in ihr leben.“ Daraus ergeben sich auch notwendige Konsequenzen für das innerkirchliche Miteinander. Dialog und Mitverantwortung müssten sowohl in den innerkirchlichen Vollzügen als auch in der Sendung in die Gesellschaft die bestimmenden Handlungsprinzipien sein. Wie aber soll diese Mitverantwortung, die gesellschaftlich wirksam, aber nicht politisch gelebt werden sollte, konkret Gestalt annehmen? Ausgangspunkt konnte unter den beschriebenen Voraussetzungen nur ein authentisches christliches Zeugnis in der Alltagswelt sein. Der Meißner Bischof forderte dazu auf, den Blick auf die Bereiche zu weiten, die nach seiner Ansicht politisch unbedenklich seien, und buchstabiert aus, was es bedeute, im „fremden Haus“ die „Treppen sauber zu halten“: „Wir müssen ausweichen auf die Gebiete, die politisch noch unbesetzt sind. Wir müssen unsere Leute anhalten, Sozialhelfer in den Sozialkommissionen der Städte zu werden, den Schlichtungskommissionen in den VEB-Betrieben beizutreten, sich beim Elternaktiv in der Schule zu beteiligen, in der Öffentlichkeit sich dem Roten Kreuz oder der Freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Es gibt eine Menge von Aufgaben, die der Christ heute noch erfüllen kann, an Stellen, wo es um echte Mitmenschlichkeit geht.“¹⁰

Für Spülbeck war dieser Weg alternativlos, auch wenn sich aus der Auflistung der hier benannten Bereiche der „Alltagswelt“ die entscheidende Anfrage an diesen pastoralen Weg ergibt: Gibt es in einer Gesellschaft, in der die Machthaber die Politisierung und Ideologisierung aller Lebensbereiche anstreben, tatsächlich „politisch unbesetzte“ Räume? Interessant ist gerade vor diesem Hintergrund eine Äußerung vom Rat des Bezirkes Dresden aus dem Jahre 1969. Darin werden konkrete Maßnahmen für eine effektivere Differenzierungspolitik gegenüber den Religionsgemeinschaften genannt, die zum Ziel haben, eine „eine ständige Betreuung [der Geistlichen] zu gewährleisten“ bei „Pfarrer[n]“, die im DRK, in Sportgemeinschaften, dem Kulturbund u. a. Organisationen verankert sind, hier könnten geeignete Personen aus diesen Organisationen die Betreuung übernehmen.¹¹ Es steht fest, dass von staatlicher Seite eben auch die scheinbar „unpolitischen Bereiche“ in die Differenzierungspolitik einbezogen wurden. Unter Differenzierungspolitik ist das staatliche Ansinnen zu verstehen, besonders loyale Kräfte der Kirche zu fördern und sogenannte „reaktionäre“ Kräfte zu behindern und damit die Geschlossenheit der Kirche zu untergraben. Kritiker sahen an dieser Stelle eine „offene Flanke“ in Spülbecks Ansatz von Loyalität und Distanz. Für ihn blieb aber der aufgezeigte Weg die einzige Alternative für die Kirche in der DDR, die sich nicht in ein Ghetto zurückziehen durfte.

Weniger Distanz und mehr Loyalität? Die Meißner Diözesansynode

Es war das große Anliegen des Bischofs, die Anliegen des Konzils auch in seiner Diözese kirchenamtlich zu bestätigen und deren Rezeption somit auf breiter Ebene zu ermöglichen. Zwischen 1969 und 1971 fanden vier Arbeitssitzungen statt, bei denen von den 150 Delegierten ca. ein Drittel keine Priester, sondern verantwortliche Frauen und Männer aus den Kirchengemeinden waren. Von besonderer Bedeutung für diese Ausführungen ist das Dekret I, welches sich den grundlegenden Fragen der Erneuerung des Bistums nach dem Konzil stellte. Folgende Passage ist hier besonders aufschlussreich: „Der Dienst der Kirche in der Welt ist von ihrem Wesen her ‚Dienst der Versöhnung‘ und der Liebe. Der Wille zur Präsenz in der Gesellschaft ist davon bestimmt. Dies gilt im großen wie im kleinen, auch im alltäglichen, oft verborgenen und schwierigen Tun. Indem wir an einer besseren Welt mitbauen, sind wir auch ‚Mitarbeiter Gottes‘.“¹² Das Dekret spricht vom „Mitbauen an einer besseren Welt“, die „Präsenz in der Gesellschaft“ wird „im großen, wie im kleinen“ eingefordert. Diese Passage ist so weit interpretierbar, dass sogar eine Aufweichung der politischen Abstinenz denkbar wäre, zumal der Synodentext dies an keiner Stelle explizit ausschließt.

Das bekannte Diktum vom „fremden Haus“ erscheint damit in einem neuen Licht. Damals schloss Spülbeck kategorisch aus, dass Christen an diesem

10 Diözesanarchiv des Bistums Dresden-Meißen, 103.09/05, Bd. XVIII.

11 HStA Dresden, 11430 Bezirkstag/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 6008.

12 Dieter Grande/Peter-Paul Straube: Die Synode des Bistums Meißen 1969-1971. Die Antwort einer Ortskirche auf das Zweite Vatikanische Konzil, Leipzig 2005, S. 81.



Meißner Diözesansynode in der Katholischen Hofkirche in Dresden, Juni 1970
© St. Benno Verlag Leipzig

Haus mitbauen können, da sie „die Fundamente für fehlerhaft halten“. Interessanterweise wurde beim Rat des Bezirkes Dresden, der eine eigene „Arbeitsgruppe Diözesansynode“ bildete, hier eine kirchenpolitische



Beisetzung von Bischof Otto Spülbeck in Bautzen, 1970
© St. Benno Verlag Leipzig

Akzentverschiebung, wenn nicht sogar ein Kurswechsel im Bistum Meißen konstatiert, wenn man zu dem Urteil kam: „Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß auch die kath. Kirche in der DDR nicht mehr umhin kann festzustellen, daß die Kirche im Sozialismus ist und sein muß. [...] Wenn Bischof Spülbeck vor mehreren Jahren erklärte, das sozialistische Haus sei nicht das Haus der Kirche, so kann eingeschränkt erklärt werden, daß diese These [...] weniger stark“ für die „der Synode vorliegende Fassung“ [des Synodaldekrets I] gilt.¹³ Bischof Spülbeck stand inhaltlich hinter den Beschlüssen des Konzils und verteidigte diese auch gegenüber Kritik aus dem innerkirchlichen Bereich. So stand der Berliner Kardinal Alfred Bengsch (1921–1979) der Meißner Synode äußerst kritisch gegenüber und intervenierte dagegen in Rom, auch weil er hier Gefahren einer zu grundsätzlichen Öffnung der Kirche gegenüber dem Staat sah. Formulierungen wie die im Syno-

daldekret I haben diese Skepsis und Ablehnung forciert. Auch wenn hier in den Texten eine Akzentverschiebung zu konstatieren ist, blieb diese für das kirchenpolitische Handeln folgenlos. Kurz nach Beendigung der dritten Sitzungsperiode der Synode verstarb Bischof Spülbeck. Die Synode wurde durch den Tod des Bischofs unterbrochen und durch seinen Nachfolger Bischof Gerhard Schaffran (1912–1996) beendet. Ihre Ergebnisse sollten in die Pastoral-synode der katholischen Kirche in der DDR (1973–1975) eingehen, deren Ausrichtung aber stärker binnenkirchlich war und den Weltauftrag bei weitem nicht so offensiv vertrat, wie dies die Meißner Diözesansynode tat. Ist damit der Ansatz von „Loyalität und Distanz“, den Otto Spülbeck verfolgte, exemplarisch und signifikant in der Meißner Diözesansynode gescheitert? Bischof Spülbeck setzte durch sein vehementes Drängen auf die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse, das in der Meißner Diözesansynode gipfelte, einen Prozess in Gang, der erst in den 1980er Jahren in der katholischen Kirche in der DDR umfassend aufgegriffen wurde. 1981 formulierte der Erfurter Bischof Joachim Wanke (geb. 1941): „Wir wollen auch hierher gehören, nicht weil wir nicht anders können, sondern weil wir um dieses Landes willen, um seiner Menschen willen einen Weg suchen wollen, um das Evangelium Jesu Christi auf ‚mitteldeutsch‘ zu buchstabieren.“ Hier ist die Intention, die Bischof Spülbeck mit seiner Predigt vom „fremden Haus“ auf dem Kölner Katholikentag verfolgte, in einem neuen Kontext zu entdecken. Von den damaligen Protagonisten in der Berliner Ordinarienkonferenz, allen voran Kardinal Bengsch, wurde der Ansatz Spülbecks mit Skepsis oder sogar Ablehnung betrachtet. Erst in den 1980er Jahren erfolgte hier ein Perspektivwechsel. Bischof Spülbeck wollte durch die Synode das Bewusstsein bei den Gläubigen stärken, dass es ihres christlichen Zeugnisses in einer atheistischen Gesellschaft bedürfe, wie er es eindrücklich in seiner Silvesteransprache 1966 formulierte: „In unseren Fabriken und Werkhallen, in unseren Büros hängen keine Kruzifixe, aber die Heiligen Gottes sind da und arbeiten.“

Literaturhinweise:

Otto Spülbeck: Der Christ und das Weltbild der modernen Naturwissenschaft: Grenzfragen aus Physik und Biologie, 6. Auflage Berlin 1962.
Otto Spülbeck: Das Konzil am Ende der IV. Sitzungsperiode, in: Katholisches Hausbuch 1967, Leipzig 1966, S. 76–89.
Joachim Wanke: Last und Chance des Christseins. Akzente eines Weges. Vorträge, Hirtenbriefe und Predigten 1980–1990, 2. Auflage Leipzig 1992.
Martin Höllen: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. I: 1945–1955, Berlin 1994; Bd. II: 1956–1965, Berlin 1997; Bd. III, 1, 1966–1976, Berlin 1998.
Dieter Grande/Peter-Paul Straube: Die Synode des Bistums Meißen 1969–1971. Die Antwort einer Ortskirche auf das Zweite Vatikanische Konzil, Leipzig 2005.
Christian März: Otto Spülbeck. Ein Leben für die Diaspora, Leipzig 2010.

¹³ HStA Dresden, 11430 Bezirks-tag/Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 29715/2, Bl. 354.

Autor

Dr. Christian März
Bistum Dresden-Meißen,
Bischöfliches Ordinariat
Käthe-Kollwitz-Ufer 84
01309 Dresden
Christian.Maerz@bddmei.de